



Vierteljährlicher Abonnementpreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf.
Außergewöhnlich pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Anzeigenabgabe für den Raum einer
kleinen Zeile 30 Pf., für Anzeigen aus Schlesien u. Polen 20 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerhalb übernehmen alle Post-
anstalten Beziehungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 33. Abend-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Berlag.

Dienstag, den 14. Januar 1890.

Döllinger.

Berlin, 13. Januar.

Im Verlaufe von wenigen Jahren hat Deutschland zwei Historiker durch den Tod verloren, die beide das neunjigste Jahr ihres Lebens überschritten und einen der Dauer ihres Lebens entsprechenden Weltuhm gewonnen haben, Ranke und Döllinger. Eine Vergleichung derselben wäre eine schwierige Aufgabe; wir helfen uns hier mit dem Satze, daß Deutschland zufrieden sein kann, „zwei solche Kerle“ gehabt zu haben. Ranke bedarf bei den evangelischen Deutschen keines Lobes; Döllinger dagegen ist von allen Seiten gesiegt worden, aber von verschiedenen Parteien zu verschiedenen Zeiten, und er ist von Allen angefeindet worden, aber wiederum von verschiedenen zu verschiedenen Zeiten. Ob er sich geändert hat oder ob, während er auf seinem Standpunkt fest blieb, die Zeiten sich so geändert haben, daß er in einer anderen Beleuchtung erscheinen müsste, darüber wird gestritten; ich muß mir nicht an, darüber zu entscheiden, doch glaube ich, daß er, so lange er gelebt, auch gelernt hat, und jedes Lernen ist eine Entwicklung und jede Entwicklung eine Aenderung.

Döllinger, der in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts als eine Hauptstüke der ultramontanen Partei in Deutschland betrachtet wurde, ist aus dem Leben geschieden als ein Schismatiker, belastet mit dem Kirchenbann, mit den kirchlichen Trostungen versehen von einem Geistlichen, der von der Kirche als ein Häretiker betrachtet wird. Er hat den ganzen Zorn empfinden müssen, den die Kirche für Jeden hat, den sie als einen Abtrünnigen betrachtet. Aber so weit ich die Neuerscheinungen des Zornes und Hasses, die gegen ihn laut geworden sind, überblicken, kann ich nicht finden, daß ihm etwas Anderes zum Vorwurf gemacht wird, als seine Gesinnungen und der Ausdruck dieser Gesinnungen. Sein Leben war lauter. Daß ihn auch nur eine Regung des Ehrgeizes angewandelt haben sollte, ist nicht anzunehmen. Was in aller Welt hätte einen Mann, der das siebzigste Lebensjahr überschritten und nie eine Zurücksetzung erfahren hatte, verlassen sollen, den Kampf gegen das Kirchenregiment aufzunehmen, wenn es nicht der Drang der innersten Überzeugung war!

Es ist sehr wahrscheinlich, daß es nicht ohne die Überwindung schwerer Gewissensbedenken ihm möglich geworden ist, dem Papst und dem Concilium entgegenzutreten. Er hat aber seine Stellung mit Festigkeit eingenommen und sie unerschütterlich festgehalten. Diese Festigkeit zwinge uns Protestantenten das Zugeständnis ab, daß er auch in der ersten Hälfte seiner Wirklichkeit, die uns nicht behagt, lediglich der Stimme seiner Überzeugung und seines Gewissens gefolgt ist. Wir müssen die Ansichten, die er damals gehabt hat, bekämpfen, aber der Vorwurf, daß er unaufrechtig gehandelt habe, muß ihm abgehen werden.

Ein Sectenbildner hat Döllinger nicht sein wollen. Der Bildung einer altkatholischen Kirche hat er kühn, eigentlich mißbilligend gegenüber gestanden. Ihm genügte es, seiner Überzeugung Ausdruck gegeben zu haben und mit dieser seiner Überzeugung erhob er den Anspruch, auch fernerhin seinen Platz in der römisch-katholischen Kirche einzunehmen. Wir haben uns in die dogmatischen Fragen, die aus diesem Anlaß entstehen, nicht einzumischen. Wir halten uns an die tröstliche Erhebung, die sein Leben bietet. Ein Mann, der die ganze Kraft seines Geistes daran setzt, der Wissenschaft zu dienen und die Wahrheit zu erforschen, kommt immer an einen Punkt, wo die selbst gewonnenen Überzeugungen in ihm so stark werden, daß er sie keiner Autorität unterordnet, keiner! und in der selbstgewonnenen Überzeugung findet er auch die innere Harmonie, die ihn mit Frieden erfüllt.

Politische Uebersicht.

Breslau, 14. Januar.

Über das russische Budget für das Jahr 1890 bringt die „Nat. Ztg.“ einen längeren Artikel, dem wir das folgende entnehmen:

Gute Ernten und die geschickte Leitung des Finanzwesens durch Herrn Wychnogradsky haben es trotz der vermehrten Ausgaben, die der Bau von Eisenbahnen und Rüstungen verursachten, dahin gebracht, daß das Defizit aus dem Staatshaushalte Russlands verschwunden ist und die Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben in den realisierten Budgets die präliminierten weit übertreffen. Im Jahre 1888 war ein Überschub von nur 525 000 Rubel vorgesehen, der wirkliche umfaßte 55,9 Millionen Rubel, der Ausweis des Budgets der ersten neun Monate des Vorjahrs läßt ebenfalls einen höheren Überschub erwarten, als solcher mit 4,4 Millionen Rubel eingesetzt worden war. Der Voranschlag für 1890 schließt ebenfalls mit einem Plus der Einnahmen ab. Das Resultat des letzteren gestaltet sich im Vergleich zu den Vorjahren wie folgt:

Im Ordinariatum

	1890	1889	1888	1887	1886	1885
Einnahmen	888,9	861,3	896,3	829,6	770,5	764,4
Ausgaben	887,4	856,9	840,4	835,6	832,3	806,6
Überschuss der Einnahmen	1,5	4,4	55,9	—	—	21,7
Deficit	—	—	—	6,0	51,8	42,2

Im Extraordinariatum

	1890	1889	1888	1887	1886	1885
Einnahmen	56,3	29,6	33,7	144,5	77,9	84,7
Ausgaben	57,8	34,1	34,2	95,1	52,6	77,4
Überschuss	—	—	—	49,4	25,3	7,3
Ausfall	0,5	4,5	0,5	—	—	35,6

Die Biffern bis eingeschlossen 1888 sind definitive, die von 1889 und 1890 provisorische. Vor Allem ist zu bemerken, daß der Umrechnungscours des Rubels für 1890 in der Weise angenommen ist, daß 1 Rubel 70 Kopeken Credit für einen Rubel Metall gilt, während gegenwärtig schon 1 Rubel 45 Kopeken Credit gleich einem Rubel Metall ist. Seit dem Jahre 1879 stiegen die ordentlichen Einnahmen um 227 Millionen Rubel, die Ausgaben erhöhten sich in derselben Zeit um 242,5 Millionen Rubel, an dem Mehr hatte der Dienst für die Staatschuld allein einen Anteil von 94,8 Millionen Rubel, die Ausgabe für Heer und Marine 44 Millionen, für Verkehrswege 42,7 Millionen Rubel. Die Biffern der wichtigsten Einnahmeposten gewähren ein befriedigendes Bild. Unter den ordentlichen Einnahmen figuriren (in Millionen Rubel)

	1890	1889	1888	1887	1886	1885
1) direkte Steuern	87,1	85,7	83,7	81,6	126,3	136,1
darunter:						
Grund- und Personalsteuer	42,8	42,5	40,4	41,1	91,5	101,3
Capitalrentensteuer	11,5	11,4	11,6	10,4	9,7	—
2) indirekte Steuern	491,3	487,3	602,3	412,3	437,7	435,11
darunter:						
Getränkesteuer	253,3	256,9	265,1	257,6	250,5	231,2
Zölle	121,5	121,0	141,3	107,4	100,6	95,0
3) Staatsbahnen	51,7	25,6	22,3	18,3	10,6	0,2
4) Diverse:						
Zahlung von Bahn- anmitten	36,4	41,2	54,5	37,4	43,2	21,6
Müllerstraffung von Darlehen	18,6	21,9	20,7	21,7	16,2	15,9
Bant- und Capitalgewinn	12,5	9,7	8,7	16,6	6,1	6,3

Durch Nachlässe in der Personalsteuer ist die Einnahmeziffer derselben, welche in 1879 noch rund 136 Mill. betrug, auf 42,8 Millionen gesunken. Die indirekten Steuern sind meistens mit niedrigeren Einnahmeziffern eingestellt, beispielsweise die Getränkesteuer unter der von 1889; die Bolleneinnahme wurde in der Höhe von 1889 eingestellt, obgleich die Einnahmen in den ersten 9 Monaten des Vorjahrs so hoch sind, daß sie eine weit höhere Jahreseinnahme als präliminirt war, voraussehen und auch die steigende Valuta einen stärkeren Import, demnach eine steigende Zolleinnahme im laufenden Jahre erwarten läßt. Im Allgemeinen hat der Finanzminister Rücksicht auf die ungünstige Ernte von 1889 genommen

und deshalb auch die Getränkesteuer niedriger veranschlagt. Dasselbe gilt betreffs der Mindereinnahme aus Rückeroberung von Anleihen der Bahnen. Dagegen wurden die Einnahmen der Staatsbahnen um 26 Millionen Rubel nach stattgehabter Verstaatlichung dreier Bahnen höher angesetzt.

Unter den ordentlichen Ausgaben figuriren folgende wichtige Posten (in Millionen Rubel):

	1890	1889	1888	1887	1886	1885
Dienst der Staatschuld	266,1	272,6	279,4	280,9	259,6	263,6
Kriegsministerium	222,0	215,6	212,1	211,0	206,2	209,1
Marine	39,2	39,4	40,9	40,0	39,4	38,5

Hier ist die Ermäßigung der Ausgaben für die Bisen und Amortisation der Staatschuld als Folge der Conversionen der Anleihen sichtbar. Das ist die Frucht des gestärkten Vertrauens in den Credit Russlands, als dessen Schildträger sich jetzt die Pariser Finanzwelt geriert und vordrägt. Die Ausgabe für das Heer hat sich erhöht; bezüglich der Ursachen dieser Vermehrung warten wir den Bericht des Finanzministers ab; eine gewisse Rolle dabei mögen allerdings die gestiegenen Lebensmittelpreise spielen. Wir geben nun noch einige Daten über den Stand des Extraordinariums.

Die außerordentlichen Einnahmen umfassen:

	1890	1889	1888	1887	1886	1885
Millionen Rubel						

Zusammen 15,8 9,3 55,4 84,9 77,9 84,7

Außerdem werden aus den vorhandenen Baarmitteln 40,5 Millionen Rubel hinzugezogen gegen 20,3 Millionen in 1889 und 25,7 Millionen Rubel in 1888. Unter den außerordentlichen Ausgaben stehen (Millionen Rubel) in den oben bezeichneten Jahrgängen:

	1890	1889	1888	1887	1886	1885
Bahnbauten	45,3	34,0	36,8	95,1	52,6	77,4

Neubewaffnung des Heeres 10,5 — — —

Deutschland.

Berlin, 13. Jan. [Tages-Chronik.] Der Kaiser empfing am Sonntag Vormittag im hiesigen Königlichen Schlosse den französischen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Herrn Herrebbe, welcher mit Überbringung der Beleidungsbezeugung des Präsidenten der französischen Republik anlässlich des Hinscheidens der Kaiserin Augusta beauftragt war. Der Audienz wohnte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister Graf von Bismarck-Schönhausen, bei.

Nach amtlicher Bekanntmachung haben die Staaten, welche die internationale Reblausconvention vom 3. November 1881 geschlossen haben, bzw. derselben beigetreten sind, dem § 2 dieser Convention eine Ergänzung dahingehend zugefügt, daß im Verkehr zwischen den Vertragsstaaten diejenigen Pflanzensendungen, welche aus regelmäßigen Untersuchungen unterliegenden Gartenbau- und botanischen Anlagen, Schulen und Gärten stammen, einer Bezeichnung der zuständigen Behörde des Ursprungslandes nicht bedürfen.

Wie die „B. Pol. M.“ schreiben, beschäftigen sich die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten seit längerer Zeit mit Verhandlungen über Vollzugsbestimmungen zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Denn die Ausarbeitung solcher Bestimmungen ist im Gesetz vom 22. Juni 1889 nicht allein dem Bundesrat und Reichs-Versicherungsamt, sondern auch anderen Organen, vor allem den Landescentralbehörden, übertragen. Nicht den kleinsten Raum in den Erörterungen einiger Regierungen nimmt die Frage der Einziehung der Beiträge ein. Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz bestimmt, daß die Beiträge sowohl des Arbeitgebers als auch des Versicherten von denjenigen Arbeitgeber zu entrichten sind, welcher den Versicherten während der Kalenderwoche beworben in derselben beschäftigt hat. Die Erhebung dieser Beiträge soll in der Form erfolgen, daß zu dem geschuldeten Betrage

sich Mrs. Sterne gewöhnlich zur Theezeit zu bedienen pflegte, um ihren Miethsmann von der Arbeit abzurufen, extönte aber bald darauf, und der altvertraute Ton erweckte den jungen Lehrer aus seiner lethargie. Als er bei Priscilla Sterne eintrat, trug sein blasses, freundliches Gesicht den gewohnten harmonischen Ausdruck; das frische Lächeln nur fehlte darin, welches die alte Priscilla ihren „Sonnenausgang“ zu nennen liebte.

Beide — Wirthin und Miethsmann — verharnten während der Mahlzeit in Schweigen. Roland Har

Marken der betreffenden Versicherungsanstalt gekauft und in die Quittungskarte des Versicherten geklebt werden. In der Regel soll der Arbeitgeber die Marken aus eigenen Mitteln kaufen und sie bei der Lohnzahlung zu dem entsprechenden Betrage in die Quittungskarte kleben. Dafür ist er berechtigt, bei der Lohnzahlung den von ihm beschäftigten Personen die Hälfte der Beiträge in Abzug zu bringen. Durch die Landescentralbehörde jedoch, oder mit Genehmigung derselben durch das Statut einer Versicherungsanstalt oder mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde durch statutarische Bestimmung eines weiteren Communalverbandes oder einer Gemeinde kann auch abweichend hieron angeordnet werden, daß die Beiträge für diejenigen Versicherten, welche einer Krankenkasse angehören, durch deren Organe für Rechnung der Versicherungsanstalt von den Arbeitgebern eingezogen und die den eingezogenen Beiträgen entsprechenden Marken in die Quittungskarten der Versicherten eingeklebt und entwertet werden, sowie daß die Beiträge für die übrigen Versicherten durch Gemeindebehörden oder andere von der Landescentralbehörde bezeichnete Stellen oder durch örtliche von der Versicherungsanstalt eingerichtete Hebstellen eingezogen werden. Sofern eine solche Bestimmung seitens der Landescentralbehörde oder mit deren Genehmigung getroffen ist, kann auch angeordnet werden, daß die Ausstellung und der Umtausch der Quittungskarten durch die mit der Einziehung der Beiträge beauftragten Stellen stattzufinden hat. Es ist diese doppelte Eventualität für die Einziehung der Beiträge gewählt worden, weil, wie auch in den Motiven zum Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzentwurf bemerkt war, über die Frage, ob die Mitwirkung der Organe der Krankenversicherung u. s. w. vor der Erhebung der Beiträge durch die Arbeitgeber den Vorzug verdient, ohne genaue Prüfung der örtlichen Verhältnisse ein Urteil sich nicht gewinnen läßt. Diese Prüfung wird nun von den Einzelregierungen vorgenommen, und es dürfen vielleicht in einzelnen Bundesstaaten die Verhältnisse so liegen, daß die Landescentralbehörden sich für die Übertragung der Beiträge an die im Gesetze als solche anerkannten Krankenkassen bzw. die Gemeindebehörden entschließen.

[Das „Armee-Verordnungs-Blatt“] veröffentlicht folgende Allerhöchste Cabinets-Ordres:

1) betreffend die künftige Benennung des 4. Garde-Grenadier-Regiments Königin:

„Ich bestimme, daß das 4. Garde-Grenadier-Regiment Königin künftig die Benennung „Königin Augusta Garde-Grenadier-Regiment Nr. 4“ führen soll und beauftrage Sie, diese Meine Bestimmung der Armee bekannt zu machen.“

2) betreffend die Uniformänderung der Ulanen-Regimenter Nr. 12 und 16:

„Ich bestimme, daß die Uniform des Litthauischen Ulanen-Regiments Nr. 12 und des Altmarkischen Ulanen-Regiments Nr. 16 bei Neubeschaffungen weiße Tuchvorstücke an Stelle der hellblauen erhält, außerdem auch der obere Kragenrand der Ulanen mit einem weißen Tuchvorstück versehen ist. Beugliche Umänderungen vorhandener Bestände dürfen nach Maßgabe verfügbarer Mittel erfolgen.“

3) betreffend den Dienstanzug des Evangelischen Feldpropstes:

„Ich bestimme, daß der Evangelische Feldpropst der Armee das beifolgende Kreuz mit dem nach Meiner Ordre vom 15. August 1889 von Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Großmutter gestifteten goldenen Brustkreuz bei allen feierlichen Handlungen, zu welchen er amtlich, im Amt oder im Dienstrock erscheint, als Zeichen seines Amtes abwechselnd anzulegen hat.“

[Der Vorsitzende des Vereins der Berliner Volksküchen von 1866, Frau Anna Morgenstern,] ging nachstehendes Allerhöchstes Kaiserliches Handschreiben zu:

„Ich glaube, im Sinne der von uns tief betrauteten Kaiserin Augusta zu handeln, wenn Ich den Verein der Berliner Volksküchen aus dem Jahre 1866 sowie die Anstalten, deren Protectorin die hohe Heimgegangene war, Meines warmen danernden Interesses verschere. Ich erfülle damit eine heilige Pflicht gegen die thure Entschlafene, deren aufopfernde Liebesarbeit sich in diesen Vereinen und Anstalten so lange segensreich behauptete.“

Berlin, den 9. Januar 1890.

Auguste Victoria, Kaiserin und Königin.

[Über die Vorgänge im Witu-Sultanat] schreibt die „Dtsch. Ztg.“: Die deutschen Colonialbestrebungen haben im Witu-Sultanat einen argen Stoß erlitten, der sich bei den vollständig zerfahrenen Verhältnissen dort vorhergesagt ließ. Die angekündigten Ruhestörungen und der gewaltsame Widerstand des von der deutschen Witu-Gesellschaft geleiteten Sultans Fumo Bakari gegen die Engländer sind ausgeblieben; der Sultan hat sich, sobald die Streitmacht der „Britisch-ostafrikanischen Gesellschaft“ am Beledsonai-Canal erschien, ruhig von den dort errichteten Zollstätten zurückgezogen und die Engländer sind jetzt tatsächlich Herren dieses vielumstrittenen Gebiets. Das Deutsche Reich hat sich verständiger Weise nicht gemüßigt gesehen, irgend etwas zu thun, um den Sultan zum Widerstande gegen seine Gegner zu ermutigen, die Verheizungen des Vertreters der Deutschen Witu-Gesellschaft, Herrn Töppen, sind leere Vorstiegeln geblieben, und der treue geleitete Sultan ist um eine bittere Erfahrung reicher. Man muß sich die hier in Betracht kommenden Intrigen und Reibereien kurz vergegenwärtigen, um Angesicht dieses neuen Misserfolgs klar darüber zu werden, wo der schuldige Theil dafür zu suchen ist. Der Sultan von Witu besaß nach den Beschlüssen der Londoner Konferenz

das ganze Küstengebiet vom Tana bis zur Mandabay und er nahm ferner auf Grund alter Rechte seiner Familie die Inseln Manda und Patta sowie das Binnenland bis zum Kenia und die Gebiete bis zum Tuba hinauf für sich in Anspruch. Diese Rechtsansprüche hatte er sich durch eine besondere Erklärung an die Londoner Vertragsmächte gewahrt. Die Besitzrechte an den wichtigsten Küstenpunkten hatte er den Gebrüdern Denhardt, denen er wegen ihrer Hilfeleistung gegen die Araber zu Dank verpflichtet war, rechtsgültig übertragen. Auf Grund dieser Verträge hatten die Denhardt's ein Stück ihres Besitzes von ca. 25 Quadratmeilen an die Deutsche Witu-Gesellschaft verkauft. Anstatt die Bewirthshaltung dieses Besitzes in die Hand zu nehmen, suchte sich diese Gesellschaft nunmehr zur Herrin im Witulande zu machen und die Gebrüder Denhardt aus ihrer Vertrauensstellung beim Sultan zu verdrängen. So lange der alte Sultan Achmed lebte, blieben diese Bemühungen erfolglos; als nach dessen Tode indes sein Neffe ihn folgte und England plötzlich Ansprüche auf wichtige Theile des Sultanats erhob, wurden die Denhardt's entlassen, weil die deutsche Schutzmacht, die der Sultan wiederholte anrief, ihm nur dann in Aussicht gestellt wurde, wenn er sich von den bisherigen Rathgebern trenne und der Deutschen Witu-Gesellschaft mehr Entgegenkommen zeige. Nur dem Betreiben dieser Gesellschaft war es zuzuschreiben, daß Sultan Fumo Bakari die früher eingegangenen Verpflichtungen gegen die Gebrüder Denhardt nicht erfüllte. Seitdem walzte Herr Töppen an Stelle von Clemens Denhardt, als Rathgeber des Sultans von Witu. Die Reichsregierung stellte sich ancheinend auf die Seite der Witu-Gesellschaft und veranlaßte im Interesse dieser den Sultan, die früher verbotene Zollerhebung an der Manda-Bucht wieder einzuführen. Kaum war dies geschehen, so stieß die neue Einrichtung nicht nur bei den Engländern, sondern auch bei den Eingeborenen auf dem Festland auf heftigen Widerspruch. Nachdem die Tana-Mündung und die Insel Lamu in englische Hände gefallen waren, es für die Einrichtung von Zollstätten, durch die jene Besitzungen schwer geschädigt werden mußten, zu spät. Der Sultan, auf Töppen gestützt, hoffte auf die deutsche Schutzmacht gegen die Engländer; diese Hoffnung schlug jedoch fehl, und beim ersten Angriff mit der Gewalt machten die Engländer sich mühelos zu Herren des Küstenstrichs am Beledsonanal. Die „Deutsche Witu-Gesellschaft“ sucht nun alle Schuld auf die Gebrüder Denhardt zu wälzen.

[Künstliche Kaffeebohnen.] Die offiziellen „B. B. R.“ schreiben: Vor einiger Zeit haben wir auf den Umland aufmerksam gemacht, daß von einer Kölnischen Firma unter der Bezeichnung „Gassen's Kaffees“ künstliche Kaffeebohnen in den Handel gebracht werden, welche zum weit aus größten Theil aus wertlosen, wenn auch der Gesundheit nicht schädlichen Stoffen bestehen. Sie sind mit einer Gläser versehen und dadurch den echten Bohnen ähnlich gemacht. In dieser Angelegenheit haben wir ferner mitzuheilen, daß die damals erwähnte Firma in Köln sich zwar mit eigentlichen Handelsgeschäften in Kaffees nicht befaßt, jedoch mit dem Patentinhaber P. Gassen, ebenfalls in Köln, zu einem gemeinsamen Unternehmen verbunden ist, welches den Zweck verfolgt, die Fabrikation und den Vertrieb der von ihm hergestellten Kaffeebohnen-Maschinen zu fördern. Zu diesem Zweck werden von der bezeichneten Firma P. Gassen in Köln in Verbindung mit P. Gassen gebrauchte Anweisungen zur Fabrikation von Kaffees in Form naturgetreuer gebrannter Kaffeebohnen ausgegeben, in denen unter Anderem Handmusterrösser und erforderlichenfalls auch etwas größere Muster angeboten werden. Bei der Ablieferung der erwähnten Maschinen sollen von P. Gassen Rezepte zur Auffertigung des Kaffees mitgegeben werden. In jenen Anweisungen wird auf die Täuschung des Publikums noch besonders mit den Worten hingewiesen: „Denkt man sich in irgend einem gut gelegenen Schaufenster eine Mischung unseres Kaffees mit 20 bis 30 oder 40 g. echten Kaffees, so wird diese Mischung auf das Auge ganz denselben Eindruck machen wie echter Kaffee allein.“ Von dem Professor Dr. A. Stutzer zu Bonn ist eine einfache Methode zur Unterscheidung der künstlichen von den natürlichen Kaffeebohnen (vgl. Zeitschrift für die angewandte Chemie, Jahrgang 1888, Heft 24) veröffentlicht. Hierach unterscheiden sich die Kaffeebohnen von den echten Bohnen dadurch, daß sie in Aether sofort untersinken, während die echten Bohnen wegen ihres Fettgehaltes größtentheils zunächst oben auf schwimmen. Werden Kaffeebohnen in eine heiße, stark oxydierende Flüssigkeit (Königsessig oder Bergl.) geworfen, so werden die echten Bohnen viel schneller entfärbt, als die künstlichen.

* Berlin, 13. Jan. [Berliner Neugkeiten.] Der Defraudant Moritz Rumpe, welcher in Triest, wo er tatsächlich festgenommen wurde, seine Identität abgelehnt hat, ist inzwischen, wie das „B. Z.“ hört, recognoisiert worden. Den um nahezu 20 000 Mark geschätzten Chefs der Firma Rosenthal u. Tobias ist bekanntlich seitens der hiesigen Gerichtsbehörden die Anzeige zugegangen, daß in Triest ein Fremder, der in einem dortigen Hotel abgestiegen war, festgenommen wurde, weil er verdächtig war, idgutlich mit dem aus Berlin flüchtigen Moritz Rumpe zu sein. Der Siftete nannte sich Moritz von Stein und gab vor, amerikanischer Bürger zu sein. Er schrieb vom Polizeigewahrsam aus einen Brief in deutscher Sprache an den amerikanischen Consul in Triest, in dem er diesen bat, ihn aus seiner Haft zu befreien. Kosten brauche er nicht zu scheuen, denn er, Moritz von Stein, verfüge über große Reichtümer. Zugleich bat er den Consul, ihm die Gelehrsamkeiten und Bestimmungen über die Verhaftung von Ausländern mitzuteilen. Der angeblich „Herr von Stein“ wurde nun photographiert, und die Photographie wanderte zusammen mit dem an den amerikanischen Consul gerichteten Brief nach Berlin an die hiesigen Gerichtsbehörden. Die Chefs der Firma wurden vorgeladen und erkannten in dem photographierten Herrn von Stein mit aller Bestimmtheit ihren flüchtigen Moritz Rumpe wieder. Zugleich ergab auch eine Vergleichung der Handschrift in dem mehrfach erwähnten Brief mit derjenigen zahlreicher von Rumpe verfassten Schriftstücke eine völlige Übereinstimmung. Somit besteht kein Zweifel

darauf, daß der Defraudant wirklich gefaßt ist. Gefunden wurden bei ihm nur 650 Gulden, doch gibt er an, daß er größere Summen bei Banken in Frankfurt a. M. ic. depositirt habe. Die Auslieferung Rumpes an die preußischen Behörden dürfte in nicht allzu langer Zeit erfolgen.

Leipzig, 13. Januar. [Das Dynamitgesetz.] Der Director der Dynamitfabrik in Leimbach, Herr Dr. Hermann Topp, ist von der Strafanzeige in Eisleben am 21. October v. J. auf Grund des Dynamitgesetzes zu drei Monaten Gefängnis (der geringsten zulässigen Strafe!) verurtheilt worden. Der Fall kam heute vor dem 3. Strafgericht des Reichsgerichts in der Revisionsinstanz zur Verhandlung und bot zu Erörterungen Anlaß, die nicht ohne allgemeines Interesse sind. Der Anlaß zur Verurtheilung hatte die Thatache gebildet, daß Herr Dr. Topp im Februar v. J. einen Dynamittransport nach Bienenburg der Polizeibehörde rief, der Gemeindeverwaltung des Dorfes Quedenfeld, welches der Transport zu passiren hatte, nicht rechtzeitig angezeigt hatte. Nach einer von der Regierung auf Grund des Gesetzes erlassenen Verordnung ist den Polizeibehörden derjenigen Orte, durch welche ein Dynamittransport sich bewegen wird, vorher anzuseigen, damit die nötigen Sicherheits-Vorbereitungen getroffen werden können. Eine solche Verordnung befand sich schon vor Erlass des Dynamitgesetzes, nur mit dem Unterschiede, daß die verirrte Strafe nicht so drastisch war (§ 367, 5 des Straf-Gesetzbuches droht nur Geldstrafe bis 150 M. oder Haft an), und daß es darin hieß, „ist vom Transportführer vorher Anzeige zu machen“, während die Worte „vom Transportführer“ jetzt in der Verordnung fehlen. Bemerkt sei hierbei, daß unter dem Transportführer nicht der Fuhrmann, sondern ein demselben begleitender Aufseher zu verstehen ist. Bei dem Dynamittransport, der nur auf Landstraßen stattfinden darf, können leicht Zwischenfälle eintreten, die beim Abgang der Sendung nicht vorauszuweisen waren, und deshalb ist es immer schwierig, genau vorauszubestimmen, wann der Transport durch diesen oder jenen Ort kommen wird. Für die zu erwartende vorherige Anzeige ist dies von großem Einfluß. In der Praxis hatte man sich Anfangs die Sache so zurückgelegt, daß der Transportführer die Pflicht der Anzeige habe, weil er immer wisse, wann der Transport einen Ort berühren werde. Derselbe hätte einfach vor einem Orte dem Fuhrmann halt gehalten, wäre in den Ort hineingegangen und hätte die Formalitäten erledigt und nachher hätte dem Transport keine Hindernis mehr im Wege gestanden. Dieses Verfahren, welches früher überall eingeschlagen worden war, ist neuerdings von den Gerichten, auch von dem Reichsgericht nicht als ausreichend bezeichnet worden und man hat dem Absender eines Dynamittransports die Verantwortlichkeit für die Innehaltung der Formalitäten auferlegt. Weil nun Herr Topp nicht rechtzeitig in Quedenfeld Anzeige von der Ankunft des Transports gemacht hatte, wird er, wie schon erwähnt, zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. — Zur Begründung der Revision führte der Bertheiliger, Herr Rechtsanwalt Kähne aus Halle an, daß die jetzige Auslegung des Gesetzes zu bedeutenden Möglichkeiten führe, da der Absender nicht jeden Transport selbst begleiten, und daher nicht wissen könne, wann er einen Ort berühren werde. Wenn aber die Anzeige allzufrüh gemacht werde, dann trete dadurch eine Belästigung der Polizei ein. Im Gesetze steht nicht, wer die Anzeige zu machen habe, das plausibelste sei aber, anzunehmen, daß das Gesetz dem Transportführer die Anzeigepflicht auferlegen wollte. Er glaube nicht, daß das Gesetz die Absicht hatte, dem Absender die Anzeigepflicht aufzuerlegen. Die Veranlassung zu dem Gesetze seien die Dynamitattentate gewesen, und sein Zweck war, Attentate zu verhindern. Was dem Angeklagten zur Last falle, sei nichts als eine Polizeiübertragung, die sonst mit einer geringen Geldstrafe geahndet werde. — Der Rechtsanwalt verzögerte sich den Bedenken nicht, welche die bisherige Praxis zu Tage fördert. Wenn z. B. der Transport sich einem Orte näherte, für welchen die Anzeige erfolgt ist, und der Transportführer bemerkte, daß dort gerade eine Feuerwehr wütet, so müsse selbstverständlich der Transport durch einen anderen Ort geleitet werden und für diesen die Erlaubnis einzuholen, sei doch wohl die Pflicht des Transportführers. Hieraus folge, daß man nicht den Absender ausschließlich, sondern auch den Transportführer verantwortlich machen könne. Dies sei aber jedes Mal Sache der tatsächlichen Würdigung. — Das Reichsgericht gelangte schließlich zur Verwerfung der Revision, indem es an der Verantwortlichkeit des Absenders festhielt und nebenbei dem Gedanken Ausdruck gab, daß der Absender einen verantwortlichen Stellvertreter die Anzeigepflicht übertragen könne.

Frankfurt, 11. Januar. [Vor dem Oberlandesgericht] wurde heute, wie die „B. Z.“ berichtet, folgender Fall verhandelt: Ein Herr E. aus Grefeld gab in Wiesbaden einen mit 9 Cintausend francs einen der französischen Bank beschwerten Brief nach Paris an einen Herrn Leuch auf, der Brief wog 24½ Gramm, bei der Ankunft in Paris war das Gewicht desselben vollständig richtig, bei der Offnung fand sich jedoch kein Geld, sondern nur zwei Blätter der „Frankfurter Zeitung“ vor, welche mit dem Couvert und einem Papierstück genau dem angegebenen Gewicht entsprachen. . . Wo die Spülung des Briefes erfolgte, ob auf deutschem oder auf französischem Gebiete, kurz das Geld fehle und es wurde der Reichspostfiscus nach vielen Verhandlungen zur Wiederverstattung verurtheilt. Hiergegen legte dieser Berufung ein, indem er behauptete, daß das angegebene Gewicht nicht 9 französischen Banknoten à 1000 Francs entspreche. Der Brief hätte nicht 24½ Gramm — Couvert und Begleitschreiben mitgerechnet — wiegen dürfen, sondern zwischen 26 und 27½ Gramm. Der Senat ordnete einen Beweis darüber an, zumal bemerkten worden war, daß die alten Noten der französischen Bank leichter seien, als die neuen Emissionen. Es wurden als Sachverständige bzw. Zeugen vernommen Herr Schott von der Frankfurter Effecten- und Wechselbank und Herr Weiller. Daß der Brief mit aller Vorsicht geöffnet und wieder geschlossen worden war, stand außer allem Zweifel, das Wo? bleibt in Frage. Der Zeuge Schott sagte aus, daß er vor einigen Jahren auf Veranlassung des Herrn Dr. A. eine Abwiehung von Banknoten vorgenommen habe, was für welche dies gewesen, wisse er jedoch nicht mehr, er habe sich bestimmt, alte französische Banknoten zu bekommen, doch sei dies vergeblich gewesen, er habe deshalb die jetzt im Gang befindlichen gewogen und eine Differenz bei 9 Stück zwischen 15 & 15,60 gefunden. Herr Weiller, welcher in einem besonderen Terme schon mit der Aufgabe geladen war, französische 1000 Fr.-Noten samt einer Waage mitzubringen, kam dieser Aufgabe nach und erschien mit Allem zur Stelle, und ihm wurde der freitragende Brief mit Inhalt zum Abwiegen im Einzelnen, wie im Ganzen übergeben. Da die Waage nicht für sein genug erachtet wurde, so wurden Waagen von Ceps u. Schürmann requirirt. Es ergab sich für den Brief ein Gewicht von 24½ Gramm. Nun wurden die einzelnen Stücke abgewogen und es

Kleine Chronik.

Denkmal für Weber. In Gutin fand, wie die „B. Z.“ mittheilt, dieser Tage eine Sitzung des Gesamt-Ausschusses für das Denkmal von Karl Maria von Weber statt. Es wurde in derselben beschlossen, das Denkmal in dem der Stadt gehörenden, an dieselbe unmittelbar anschließenden Eichenhain aufzustellen. Da der Platz Eigentum der Stadtgemeinde ist, so ist die Zustimmung der städtischen Behörden erforderlich, die ohne Zweifel gern ertheilt werden wird. In derselben Versammlung wurde eine photographische Abbildung der Büste des Weber-Denkals vorgetragen, die allgemeine Anerkennung fand, und gleichzeitig beschlossen, die Einweihungsfeierlichkeit auf den 30. Juni und 1. Juli d. J. anzulegen. Die Feier soll in einem geistlichen und einem weltlichen Concerte aus den reichen Weber'schen Compositionen mit entsprechender Einweihungsfeierlichkeit bestehen. Die Feier wird dem Ehrenpräsidenten des Ausschusses, Herrn Baron von Eiliencron in Schleswig, übertragen werden. Der zweite Festtag ist dem Ausflug in die herrliche Umgebung der Stadt Gutin vorbehalten.

Frau Peschka-Leutner. Wie schon telegraphisch berichtet wurde, ist die bekannte Sängerin Frau Dr. Minna Peschka-Leutner in Wiesbaden im 51. Lebensjahr gestorben. Frau Peschka-Leutner, welche besonders ihre mehrjährige künstlerische Tätigkeit am Stadt-Theater zu Leipzig (1868-76) und am Stadt-Theater zu Hamburg (1877-83), sowie durch häufige Gastspielreisen (u. a. auch in Nordamerika und London) in weiten Kreisen bekannt geworden ist, war eine ausgezeichnete Coloratursängerin. Sie gehörte zuletzt dem Kölner Stadt-Theater an.

Die Jungfrau von Orleans. In Frankreich mehren sich die Schriften über Jeanne d'Arc immerfort, jedes Jahr fördert eine ganze Anzahl derselben zu Tage. In einer der neuesten Abhandlungen weist der Gelehrte Lefèvre, auf Grund zahlreicher Urkunden, mit ziemlicher Gewißheit nach, daß Jeanne d'Arc nicht verbrannt worden, sondern nur eine Strafexpeditio des Erzbischofs von Rouen anhören mußte; insbesondere aus den Urkunden des Stiftes St. Theobald in Metz, daß Jeanne sich dort mit einem Ritter verheirathet und längere Jahre in dessen Haus bei der Rang und im Parquet nicht selten vertreten fand und es giebt auch wohl

in Deutschland keine Stadt, in der man nicht diesen oder jenen Bürger ganz gut porträtiert findet. Der „Figaro“ macht sich die Sache sehr bequem. Er fügt in kleinen Notizen seiner Beilage eine Anzahl Bewertungen an, die unzweifelhaft witzig sein sollen und dem Geschmack des dortigen Publikums entsprechen müssen, weil sie anderseits kaum gemacht werden können. Wir erfahren also: Folgende wirkliche Consuln saßen im Zuschauerraum, augenscheinlich das Thun und Lojen ihres Bühnen-Collegen mit dem größten Interesse verfolgend. — Herr Feigel, General-Consul des Deutschen Reichs, saß in der dritten Bank und lachte still vergnügt in sich hinein, wie Conjur Bernick die Clarificationspapiere des Dreimasters „Palma“ entgegennahm, ohne die Kostenrechnung zu präsentieren. — Baron von Pallatschek saß in vierter Reihe des Orchesters und schaute erstaunt zu sein über die Auszeichnung, welche man im Norwegen einem Consul zu Teile werden läßt; in Hoboken hat der Baron von solchen Auszeichnung nur wenig zu spüren vermocht. — Portugals Consul, Herr Gustav Amund, saß in einer Loge und amüsierte sich über die Finanzangelegenheiten seines Collegen Bernick; Herr Conjur Amsdorf betrachtet eine Million just als ein passables Taschengeld. — Der Consul der Schweiz, Herr Berthmann, saß in der achten Reihe des Orchesters und schaute erstaunt zu sein über die Auszeichnung, welche man im Norwegen einem Consul zu Teile werden läßt; in Hoboken hat der Baron von solchen Auszeichnung nur wenig zu spüren vermocht. — Portugals Consul, Herr Gustav Amund, saß in einer Loge und amüsierte sich über die Finanzangelegenheiten seines Collegen Bernick; Herr Conjur Amsdorf betrachtet eine Million just als ein passables Taschengeld. — Der Consul der Schweiz, Herr Berthmann, saß in der achten Reihe des Orchesters und schaute erstaunt zu sein über die Auszeichnung, welche man im Norwegen einem Consul zu Teile werden läßt; in Hoboken hat der Baron von solchen Auszeichnung nur wenig zu spüren vermocht. — Portugals Consul, Herr Gustav Amund, saß in einer Loge und amüsierte sich über die Finanzangelegenheiten seines Collegen Bernick; Herr Conjur Amsdorf betrachtet eine Million just als ein passables Taschengeld. — Der Consul der Schweiz, Herr Berthmann, saß in der achten Reihe des Orchesters und schaute erstaunt zu sein über die Auszeichnung, welche man im Norwegen einem Consul zu Teile werden läßt; in Hoboken hat der Baron von solchen Auszeichnung nur wenig zu spüren vermocht. — Portugals Consul, Herr Gustav Amund, saß in einer Loge und amüsierte sich über die Finanzangelegenheiten seines Collegen Bernick; Herr Conjur Amsdorf betrachtet eine Million just als ein passables Taschengeld. — Der Consul der Schweiz, Herr Berthmann, saß in der achten Reihe des Orchesters und schaute erstaunt zu sein über die Auszeichnung, welche man im Norwegen einem Consul zu Teile werden läßt; in Hoboken hat der Baron von solchen Auszeichnung nur wenig zu spüren vermocht. — Portugals Consul, Herr Gustav Amund, saß in einer Loge und amüsierte sich über die Finanzangelegenheiten seines Collegen Bernick; Herr Conjur Amsdorf betrachtet eine Million just als ein passables Taschengeld. — Der Consul der Schweiz, Herr Berthmann, saß in der achten Reihe des Orchesters und schaute erstaunt zu sein über die Auszeichnung, welche man im Norwegen einem Consul zu Teile werden läßt; in Hoboken hat der Baron von solchen Auszeichnung nur wenig zu spüren vermocht. — Portugals Consul, Herr Gustav Amund, saß in einer Loge und amüsierte sich über die Finanzangelegenheiten seines Collegen Bernick; Herr Conjur Amsdorf betrachtet eine Million just als ein passables Taschengeld. — Der Consul der Schweiz, Herr Berthmann, saß in der achten Reihe

entfielen auf die unterschobenen Stücke der „Frankf. Blg.“ 13,8 Gr., das Couvert mit Brief wog 10,3 Gramm. Die von den Sachverständigen mitgebrachten 9 Tausendfrancnoten wogen 15,60 Gramm; schließlich wurde constatirt, daß das Gewicht eigentlich 25,90 Gramm sein müsse. Eine Differenz zwischen dem Gewicht der früheren Banknoten und der neuen könne, wurde erklärt, nur darin bestehen, daß das Papier der früheren Emission etwas leichter oder stärker gewesen sei, eine Differenz von 2 Gr. könnte jedoch bei einer Sendung von 9 Scheinen nicht eintreten. Nun handele es sich heute für den Sachverständigen, weitere französische Tausender herbeizuführen. Er mußte deshalb eine lange Correspondenz mit Paris führen, um die 9 Stück zu beschaffen, und lagen heute 2 Stück 1880er, 1 von 1881, 2 von 1882, 1 von 1883, 1 von 1884 und 2 von 1885 vor. Nunnehr ging der Gerichtshof mit ihm an das Abwiegen; jedes Stück wurde gewogen, dann zusammen und es ergab sich ein Gewicht von 15,5, während das Gesamtgewicht 25,90 ergab. Eine Reihe von Zeugenernennungen wurde vorgenommen, durch die dargetan werden sollte, daß nun das Geld wirklich in dem Briefcouvert war, eine Verabredung innerhalb der deutschen Reichsgrenzen nicht hätte stattfinden können. Die Plaidoyers der beiden Anwälte, der Herren Dr. Benkard und Dr. Neumann, dauerten über sechs Stunden, worauf der Gerichtshof sein Urtheil vertrat.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 14. Januar.

**** Von den Breslauer Cartellisten.** Wie es scheint, wollen die Breslauer Cartellisten bei der bevorstehenden Reichstagssitzung im Oktobereich wiederum den zur Fraktion der Deutschenkonservativen (Kreuzzeitungspartei) gehörigen Ober-Präsidenten v. Seydel ausstellen, obwohl in den Kreisen der Beamten vielfach gegen diesen bisherigen Reichstagsabgeordneten für Breslau-Osten Verstimmung herrscht, weil er im Reichstage nicht für die Vergebung Breslaus in eine höhere Servissklasse eingetreten ist, durch welche der Wohnungsgeldzuschuß der Beamten eine annehmbare Erhöhung erfahren haben würde. In der Rede, die der Professor Hesse am Sonnabend im „Neuen Wahlverein“ gehalten, sagte er, diese Verhältnisse streifend: „Wenn es auch bedauerlich war, daß seinerzeit durch das nicht-thätige Eingreifen unseres Vertreters im Oktobereich die von der Regierung geplante Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses der biesigen Beamten abgelehnt worden ist, so glaube ich, daß das in Zukunft nicht mehr möglich sein wird. Davon halte ich mich ebenso überzeugt, als wie davon, daß der ehrenvolle Sinn unseres Beamtenthums niemals den Gedanken aufkommen lassen wird, diese Candidatur fallen zu lassen.“ Es scheint aber doch irgendwo und irgendwann die Rede davon gewesen zu sein, den Ober-Präsidenten nicht wieder als Kandidaten aufzustellen. Zur Beleidigung der verstimmen Beamten-Wähler gab übrigens in derselben Sitzung des „Neuen Wahlvereins“ der Vorsitzende desselben, Regierungsrat Frank, augenscheinlich im Auftrage seines Vorgesetzten, in Betreff des Verhaltens des Ober-Präsidenten bei Gelegenheit der Wohnungsgeldfrage die „Erklärung“ ab, „daß erst auf Anregung des Ober-Präsidenten hin die Regierung sich veranlaßt gefühlt habe, Breslau für die höhere Servissklasse vorzuschlagen. In Berlin habe sich dann der Ober-Präsident von der allgemeinen Gegnerschaft fast aller Parteien gegen diesen Vorschlag überzeugt und darum vorgezogen, für eine ganz aussichtslose Sache nicht erst noch einzutreten“. Hier nach dürfte der erneuerten Candidatur des Ober-Präsidenten wohl nichts mehr im Wege stehen.

* Die Vorträge zu Gunsten der ärztlichen Hilfskasse, welche das lebhafte Interesse der gebildeten Kreise unserer Stadt wachgerufen haben, werden nunmehr fortgesetzt. Professor Dr. Hirt, dessen populäre Vorlesungen in gemeinnützigen Vereinen, sowie vor Studirenden aller Facultäten sich stets allgemeinen Beifalls erfreuten, hält morgen Mittwoch, den 15. Januar ex. Abends 7½ Uhr, im Mußsaal der Universität seinen Vortrag über „Schaf und Traum“.

*** Jauer, 12. Januar. [Bahnsache.] Für die Bahn Jauer-Malsch war hier in der letzten Zeit eine lebhafte Bewegung eingetreten. Die Entscheidung fiel aber schließlich für Striegau-Malsch. Das lebhafte Interesse der hiesigen Bürgerschaft befundenen die zahlreichen freiwilligen Bezeichnungen von größeren und kleineren Beträgen. Selbst kleine Handwerker beteiligten sich daran, große Gewerbetreibende und Besitzer bis zu mehreren Tausend Mark. Die Zuckerfabrik Jauer wollte einen Beitrag von ca. 15 000 M. leisten, die Stadt Jauer von 70 000 M. Auch der Kreis hätte einen erheblichen Beitrag dazu hergegeben. — Die Kosten der Vorarbeiten für die Eisenbahn von Jauer aus nach einem Punkte der Bahn Striegau-Volkshain wird der Staat übernehmen. Der Anschluß wird wahrscheinlich bei Rohrstock erfolgen. — Um die Erlangung dieser Bahnverbindungen haben sich besonders verdient gemacht Landrat Frei-

4 Breslau. 14. Januar. [Von der Börse.] An heutiger Börse standen österreichische Creditactien im Vordergrunde. Auf Grund der gestern Abend und heute aus Wien gemeldeten höheren Notizen verkehrte das genannte Papier bei um circa zwei Prozent heraufgesetztem Course ziemlich lebhaft. Weniger angeregt zeigte sich der Montanmarkt, doch ist die Tendenz desselben, namentlich für Bedarfssachen, immerhin recht fest geblieben. Rubelnoten gefragt, auch türkische Loose zwei Mark besser, türkische Anleihe und heimische Banken, sowie österreichisch - ungarische Renten gut behauptet, aber still. An der Nachbörse entwickelten sich Kauflust für Kattowitzer Bergbausachen, welche schließlich bis 146½/4% bezahlt wurden. — Geschäft im Ganzen wenig umfangreich.

Per ult. Januar (Course von 11 bis 13½ Uhr): Oesterr. Credit-Actien 181½/8—182½/8—182½/8 bez., Ungar. Goldrente 88—88½/8 bez., Ungar. Papierrente 36½/8 bez., Vereinigte Königs- und Laurahütte 177—176½/8 bis 177½/8 bez., Donnersmarckhütte 98½/8—3/8 bez., Oberschi. Eisenoarbeiter 123½/8—122½/8—123 bez., Russ. 1880er Anleihe 94½/8 Gd., Orient-Anleihe II 7½/8 bez., Russ. Vainta 227½/4—227—1½—227 bez., Türk. 17—17½/2 bez., Egypter 44 bez., italienischer 94½/8 bez., Türk. 86½/4—1½—86 bez., Oberschles. Eisen-Industriegesellschaft 211½/4 bez., Lombarden 61½/8—60½/4 bez., Schles. Bankverein 134½/4 bez., Bresl. Discontobank 116½/4 bez., Bresl. Wechslerbank 112½/4 bez.

Auswärtige Anfangs-Course.

Aus Wolff's Teigr. Bureau.

Berlin, 14. Januar, 11 Uhr 55 Min. Credit-Actien 181, 69. Laurahütte —. Fest.

Berlin, 14. Januar, 12 Uhr 25 Min. Credit-Actien 181, 75. Staatsbahn 101, 50. Italiener 94, 50. Laurahütte 177, 60. Russ. Noten 227, 20. 40% Ungar. Goldrente 88, 20. Orient-Anleihe II 71, 50. Mainzer 122, 70. Disconto-Commandit 252, 70. 4pro. Egypter —, —. Türk. 17, 90. Türk. Loose 86, 50. Lombarden 60, 10. Fest.

Wien, 14. Januar, 10 Uhr 15 Min. Oesterr. Credit-Actien 328, 15.

Marknoten 57, 65 40% ungar. Goldrente 101, 85. Fest.

Wien, 14. Januar, 11 Uhr 10 Min. Oesterr. Credit-Actien 327, 50.

Ungar. Credit —. Staatssbahn 223, 75. Lombarden 139, —. Galizier 187, 25. Oesterr. Silberrente —, —. Marknoten 57, 65, 40% Ungar.

Goldrente 101, 85, do. Papierrente 99, 50. Elbthalbahn 218, 75. — Behauptet.

Frankfurt a. M., 14. Januar. Mittags. Credit-Actien 282, 62.

Staatsbahn 202, 87. Galizier 162, 87. Ungar. Goldrente —, —. Egypter 94, 10. Fest.

Paris, 14. Januar. 30% Rente 87, 72. Neneste Anleihe 187

106, 65. Italiener 93, 65. Staatsbahn 500, —. Lombarden —, —. Egypter 470, 62. Unentschieden.

London, 14. Januar. Consols 97, 37. 40% Russen von 1888

Ser. II, 94, —. Egypter 92, 87. Trübe.

Wien, 14. Januar. [Schluss-Course:] Behauptet.

Cours vom 13. 14. Cours vom 13. 14.

Credit-Actien.. 324 85 327 15 Marknoten .. 57 62 57 60

St.-Eis.-A.-Cert. 234 — 233 50 40% ung. Goldrente. 101, 50 101, 80

Lomb. Eiseno.. 139 75 139 15 Silberrente .. 88 50 88 45

Galizier .. 187 — 188 25 London .. 117 85 117 95

Napoleondor. 9 325 9 32½/2 Ungar. Papierrente. 99 40 99 40

bekannt von Nikolskien, Stadtschönen-Vorsteher Dr. Günther und Stadtrath Gürke.

ib. Katowitz, 10. Januar. [Nochmalige Ausschreibung des Bürgermeisterpostens.] Da die erste Ausschreibung des biesigen Bürgermeisterpostens nicht unter strenger Einhaltung der von Magistrat und Stadtvorordneten aufgestellten Bedingungen und mit einer sehr kurz bemessenen Frist (1. Januar) erfolgt ist, so haben die Stadtvorordneten auf Anregung des Stadtraths Sittka in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, daß die Stelle noch einmal ausgeschrieben und die Meldefrist bis zum 1. Februar verlängert wird. Bewerber um die Stelle müssen das Staatsexamen für das Richteramt oder den höheren Verwaltungsdienst bestanden haben, also nicht nur Geisteslehrer, wie es in der ersten Ausschreibung hieß, sondern auch diejenigen, welche das Staats-examen als Regierungsoffizieren bestanden haben, können als Bewerber auftreten.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

Reichenberg i. B., 13. Januar. [Strafe.] Im benachbarten böhmischen Glasindustriebezirk ist der Strafe, nach dem „Bote a. d. Posten“ zu Ende. Nach achttägiger Dauer des Ausstandes der Krystallglasfachleiter gelang es am Freitag, eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern herzustellen. Der österreichische Gewerbe-inspector Matel lud die gesammten Raffinerie und Lieferanten unter Zusicht von fünf Vertrauensmännern der Glasschleifer, die je einen Ort, und zwar Deggendorf, Polau, Neuwaldegg, Mareldorf und Grünthal-Wurzelhof zu vertreten hatten, zu einer Beratung über die Forderungen der Arbeiter ein. Diese gipfelten in folgenden Punkten: 1) Anerkennung eines Normallohnartiffs für die Stapel-Artikel, 2) Regelung der Arbeitszeit und 3) Gründung einer Genossenschaft zur Wahrung der Interessen des Standes. Der seitens der Arbeiter unterbreitete Lohnartif-Ertrag wurde seitens der gesammten anwesenden Raffinerie und Lieferanten angenommen, wodurch der schwierige Punkt eine günstige Erledigung fand. Der zweite Punkt fand rasche Erledigung unter Hinweis auf die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen. Die Gründung einer Genossenschaft der Krystallglasraffinerie und Lieferanten wurde gleichfalls im Prinzip beschlossen. Die bewilligten neuen höheren Löhne treten vom 20. Januar I. J. in Kraft und die Arbeiter verpflichteten sich zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit.

Telegarmme.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

△ Berlin, 14. Januar. In der Budget-Commission erklärte heute der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Freiherr von Malzahn, eine Convertirung der Reichsanleihen zu niedrigerem Zinsfuß werde nicht beabsichtigt; auch für neue Anleihen werde der Zinsfuß von 3½ p.Ct. beibehalten werden.

△ London, 14. Januar. Die „Times“ beweisen, daß die portugiesische Regierung den erzwungenen Weisungen an Serpa Pinto den gehörigen Nachdruck werde geben können, und erwarten daher, daß Salisbury Bürgschaften fordern werde.

△ Lissabon, 14. Januar. Die Aufregung des Volkes dauert fort. Engländer wurden auf der Straße mishandelt; im Circus wurden sie ausgezählt. Eine Patriotenliga gegen den Kauf englischer Waren ist in der Bildung begriffen. Freundliche Demonstrationen haben vor der deutschen, französischen und spanischen Gesandtschaft stattgefunden.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Hannover, 14. Jan. Der Ausschuß des Rhein-Weser-Elbe-Kanals beschloß unter dem Vorsitz des Landesdirectors Hammerstein die Abwendung einer Deputation an den Minister der öffentlichen Arbeiten um die Fortsetzung des Dortmund-Ems-Kanals nach der Weser und Elbe einerseits und dem Rhein andererseits anzustreben. Die Deputation wird bestehen aus Vertretern der vom Kanal berührten größeren Städte, sowie solchen aus Hannover, Bremen, Magdeburg und Berlin.

Paris, 14. Januar. Die Zeitungen tadeln fast einstimmig das schroffe Verfahren Englands gegenüber Portugal als Verleugnung des Protokolls der Berliner Konferenz.

London, 14. Jan. Die „Times“ veröffentlichten den Wortlaut des britischen Ultimatums. Letzteres sei durch ein Telegramm des britischen

Consuls in Mosambique veranlaßt worden, demzufolge Serpa Pinto's Expedition im Makololande die besetzten Punkte besetzen und mit Besatzungen versehe. Daraufhin forderte Salisbury peremptorisch die Rücknahme von Schire, Makololand und Mashowaland.

Madrid, 14. Januar. Bulletin von heute Morgens 2 Uhr. Das Bestinden des Königs ist unverändert. Die Besserung dauert fort.

Wetterstand-Telegramme.

Breslau, 13. Januar, 12 Uhr Mitt. D.B. — m. II.L. + 0,61 m. — 14. Januar, 12 Uhr Mitt. D.B. — m. II.L. + 0,64 m.

Handels-Zeitung.

Kaffeemarkt. Hamburg, 14. Januar, 10 Uhr 40 Min. Vormittags. [Telegramm von Siegmund Robinow & Sohn in Hamburg, vertreten durch Ludwig Friedlander in Breslau.] März 83, Mai 83, Septbr. 82½/4, December 81. Tendenz: ruhig. Zufuhren: Rio 23000 Sack, Santos 8000 Sack. Newyork eröffnet mit 10 Points Hausse.

Magdeburg, 14. Januar. Zuckerbörse. (Original-Telegramm der Breslauer Zeitung.)

	13. Januar.	14. Januar.
Rendement Basis 92 p.Ct. Rend.	15,55—15,85	15,65—16,00
Rendement Basis 88 p.Ct.	14,90—15,15	15,00—15,35
Nachprodukte Basis 75 p.Ct.	10,80—12,50	10,80—12,50
Brod-Raffnade ff.	—	27,50
Brod-Raffnade f.	—	27,50
Gem. Raffnade II.	25,25—26,50	25,25—26,50
Gem. Melis I.	24,50	24,50

Tendenz: Rohzucker fest. Raffnade ruhig.

Termine: Januar 11,65, Februar 11,75. Schwächer.

Zuckermarkt. Hamburg, 14. Januar, 10 Uhr 34 Min. Vormittags. [Telegramm von Arnthal & Horschitz Geor. in Hamburg, vertreten durch F. Mockrauer in Breslau.] Januar 11,75, März 11,95, Mai 12,17½, August 12,47½, October-Januar 12,22½.

* Wolle. London, 10. Januar. Für englische Vliesswolle machte sich wieder etwas Nachfrage bemerklich, aber es entwickelte sich nur ein sehr kleines Geschäft. Die Preise bleiben fest.

Verlosungen.

Petersburg, 14. Januar. [Prämienanleihe von 1864] 200000 Rubel Nr. 24 Serie 9413, 75000 Rubel Nr. 25 Serie 7011, 40000 Rubel Nr. 14 Serie 13593, 25000 Rubel Nr. 32 Serie 13614. je 10000 Rubel Nr. 17 Serie 1980. Nr. 30 Serie 7544 Nr. 49 Serie 3306, je 8000 Rubel Nr. 4 Serie 2027, Nr. 3 Serie 11526, Nr. 31 Serie 1643, Nr. 26 Serie 18211, Nr. 49 Serie 9905, je 5000 Rubel Nr. 14 Serie 4095, Nr. 8 Serie 18 59, Nr. 47 Serie 11 494, Nr. 9 Serie 10 384, Nr. 46 Serie 14 376, Nr. 44 Serie 9215, Nr. 42 Serie 2169, Nr. 49 Serie 11359, je 1000 Rubel Nr. 19 Serie 18495, Nr. 32 Serie 19584, Nr. 12 Serie 8472, Nr. 32 Serie 5214, Nr. 29 Serie 16397, Nr. 25 Serie 3366, Nr. 15 Serie 14 124 Nr. 2 Serie 4418, Nr. 1 Serie 16125, Nr. 5 Serie 7606, Nr. 18 Serie 2207, Nr. 40 Serie 11 228, Nr. 18 Serie 12335, Nr. 3 Serie 14526, Nr. 20 Serie 5281, Nr. 20 Serie 14744, Nr. 33 Serie 8817, Nr. 14 Serie 8482, Nr. 38 Serie 1846, Nr. 25 Serie 14 364.

k. Kramsta. In Gemäßheit des Beschlusses der Actien-Gesellschaft für Schlesische Leinen-Industrie wird vom 15. Januar 1890 ab der Nominalbetrag dieser Actien von 600 M. durch Rückzahlung von 100 M.

